

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. "Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Mittwoch's Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt "Betriebsstörung" Streifen usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 8spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für rüchige Wiederabgabe unentgeltlich. (Sonderpreise durch besondere Anzeigen hierzu). Einzelne Beilagen übernommen. / Beilagensgebühren: 10.— M. Das Laubend, zuzüglich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 27

Dienstag, den 3. März 1931

33. Jahrg.

Das Abladen von Schutt und Asche in den Straßengräben wird hiermit verboten.

Zum Überwinden werden bestraft. Kemberg, den 2. März 1931.

Die Polizeiverwaltung.

Bestellung von krebbsfestem Kartoffelsaatgut.

Landwirte, die noch kein verbilligtes krebbsfestes Kartoffelsaatgut beim Landwirtschaftlichen Verein oder bei der Ländlichen Spar- und Darlehnskasse bestellt haben, können Bestellungen in der Stadtschreiberei noch bis **spätestens morgen Dienstag 11 Uhr** aufgeben. Spätere Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Kemberg, den 2. März 1931.

Der Magistrat.

Stegerwald im Haushaltsausfluß.

Programmatische Ausführungen des Arbeitsministers.

Berlin, 1. März.

Der Haushaltsausfluß des Reichstages begann die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Mit der Beratung wurde ein kommunizierender Antrag verbunden, der sich gegen die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Wedrich durch die Vereinigten Stahlwerke wandte.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

nahm in einer größeren Rede zur Arbeitslosenfrage, zur Frage der Sozialpolitik und des Schlichtungswesens sowie zur gegenwärtigen Lage der Sozialversicherung Stellung.

Zur Frage der deutschen Wirtschaftskrisis

erklärte der Minister, daß es ein Allheilmittel für die Beseitigung der gegenwärtigen Krise weder in Deutschland noch überhaupt in der Welt gebe. Das Ziel des Regierungsprogramms sei, unter allen Umständen die Ordnung in die Finanzen der öffentlichen Hand zu bringen und Sicherheit und Vertrauen zu schaffen, womit wieder die Grundlage für eine langfristige Kreditpolitik gegeben sei.

Von der Arbeitslosenpolitik verpriehe ich mir nicht den laudativen Erfolg, und die moralische Wirkung auf die jugendlichen Arbeiter, wie sie von den Zeitungsberichten erwartet wird. Die Bepredungen im Reichsarbeitsministerium kamen zu dem gleichen Ergebnis. Anders sieht es mit dem Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes, der zweifellos vieles für sich hat.

Ob eine weitere Kohlenpreiserhöhung und ein sehr viel größerer Kohlenverbrauch erreichbar sind oder ob durch eine weitere Senkung der Kohlenpreise eine größere Senkung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität usw. möglich ist, erscheint zweifelhaft. Bei Eisen und Stahl liegt die Sache auch sehr schwierig, weil die gegenwärtige Produktionskapazität in Deutschland sehr viel größer ist als die Absatzmöglichkeit. Im ganzen ergeben sich grundsätzliche Bedenken gegen jede Sonderunterstützung einzelner Wirtschaftszweige aus öffentlichen Mitteln.

Auch die Arbeitszeiterhöhung kann nicht als das große Allheilmittel angesehen werden, zumal heute noch die Hälfte der Arbeiter voll beschäftigt ist. Es kann nicht so optimistisch sein, zu glauben, da keine schematische Arbeitszeiterhöhung in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft vollzogen werden kann, und daß man ohne Mehrproduktion den Lebensstandard des Volkes aufrechterhalten kann. Das ist aber nicht mein letztes Wort über die Arbeitszeiterhöhung. Führen andere Mittel nicht zum Ziel, dann muß man trotzdem zu einer Arbeitszeiterhöhung und zu einer Arbeitszeiterhöhung gelangen, denn es ist nicht tragbar, im ganzen laufenden Jahr vier und mehr Millionen Menschen auf der Straße zu haben.

Zur Lohnfrage

erklärte Minister Stegerwald, daß er von einem gesetzlichen Eingreifen in Tarifverträge warnen müsse. Die Regierung habe aus außen- und innenpolitischen Gründen die Senkung der Gehaltssteuern als das Primäre angesehen. Sie habe dabei an der Lohnfrage nicht vorübergehen können. Der Minister erklärte, daß er sowohl die Verteilung auf die Kaufkraftbewerber als auch eine allgemeine Lohnzurücksetzung von 20 bis 25 Prozent v. H. für fast hätte.

Es müsse nun bis zum 1. April ein klarer Kurs geboten werden. Bis dahin seien etwa 80 v. H. aller Tarife erneuert. Nach dem 1. April wird es Sache der Regierung sein, zu überlegen, ob noch auf eines der letzten Hilfsmittel, namentlich auf die gesetzliche Arbeitszeiterhöhung, zurückgegriffen werden müsse, falls bis dahin das Arbeitslosenheer nicht wesentlich vermindert werden könne.

Das Reichsarbeitsministerium habe stets vor unwillkürlichen Tarifparterien gewarnt und könne diese Warnung heute nur wiederholen.

Zur Sozialpolitik

wies Minister Stegerwald auf die Notwendigkeit einer Reform sowohl der Invalidenversicherung, als auch der Reichsinvalidenversicherung hin. Wahrscheinlich werde

am Dienstag schon in den nächsten Tagen mit einem Gesetzentwurf zur Sanierung der Reichsinvaliden befaßt werden.

Zusammenfassend erklärte der Minister: "Ueber die Beteiligung von Unfallversicherungen und Anwesenheitsleistungen im Tarif-, Schlichtungs- und Sozialversicherungsweesen lasse ich mit mir reden, am Kern dieser Einrichtungen dagegen lasse ich für meinen Teil nicht rütteln."

An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine längere Aussprache.

Dringung über die Reparationsfrage.

Zahlungsauflage ist keine Lösung.

Berlin, 1. März.

Ueber die für die Präzedenz und Durchführung der Reichsanleihe des Deutschen Groß- und Handelsbank gibt der Reichsverband nunmehr nähere Mitteilungen heraus, in denen u. a. auch die damals gemachten Ausführungen des Reichsanleiher Dr. Brüning wiedergegeben werden. Zur Reparationsfrage äußerte sich der Reichsanleiher u. a. wie folgt:

Die Aufbringung der Reparationszahlungen stellt eine außerordentliche Belastung für die Finanzkraft dar, die auch unsere Kreditwürdigkeit gefährdet. Deshalb ist aber auch die Frage eines Zahlungsauflages der Reparationszahlungen nur mit großer Vorsicht anzustellen. Sie ist keine Lösung des Reparationsproblems, sie kann vielmehr sogar die Lösung des Problems verarbeitbar machen.

Deshalb ist es notwendig, diese Frage intern, nicht in sehr vom politischen als vom Standpunkt der Wirtschaft aus zu betrachten. Ich bin der Überzeugung, daß wir erst seit einem Jahr die Reparationszahlungen aus eigenen Mitteln aufbringen. Vorher sind die Zahlungen nur auf Grund ausländischer Zufuhr von Krediten geleistet worden, und das wie sie sich so aus, daß man allgemein annahm, daß die Reparationszahlungen für Deutschland und den deutschen Haushalt eine Bagatelle seien. Aber jetzt, wo wir aus eigener Kraft die Zahlungen aufbringen müssen, zeigt es sich auf die Glaubwürdigkeit der Zahlungen vorgenommen werden können, und je mehr diese Tatsache anerkannt wird, um so leichter ist damit zu rechnen, daß wir an einem Wendepunkt in der Klaffung der Wirkung dieser Zahlungen seitens der Gläubigerstaaten kommen. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Ich werde trotz aller Widerstände in der Reparationsfrage nicht wieder den Fehler des Jahres 1928 begehen, eine populäre Politik zu machen, dafür aber Dinge in den Kauf zu nehmen, die viel schlimmer sind, als das, was wir vorher hatten. Noch einmal denselben Fehler zu machen, kann uns vieles an politischer Freiheit in verfehlter Form kosten und das wäre ein solcher Rückschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, daß dies kein verantwortungsbewußter Staatsmann auf sich nehmen kann.

Zur Arbeitslosenversicherungsreform.

Neues Material über die Saisonarbeiter.

Berlin, 28. Februar.

Die Reichsregierung hat die Aufgliederung der Arbeitslosenversicherungsreform nach beruflichen Gefahrenklassen bereits grundsätzlich als wünschenswert bezeichnet. Es haben nunmehr neuere Untersuchungen über die Saisonarbeiterfragen festgestellt. Nach den angestellten Berechnungen entfallen an Unversicherung auf 100 Mark Beitrag: 28,50 Mark bei den Bauarbeitern, 54,20 Mark bei den Textilarbeitern, 36,80 Mark bei den Angestellten. Unabhängig der Arbeitslosenversicherung sind in erster Linie die Bauarbeiter, die mehr als das Doppelte dessen zurückerhalten, was sie an Beiträgen einbezahlen. Dem folgen die Landarbeiter.

Leidtragende sind die Metallarbeiter und die — schlecht entlohnten — Textilarbeiter. Die Hauptleidtragenden aber sind die Angestellten! Sie tragen am höchsten zum Beitragsaufkommen bei und werden am leichtesten unterstellt. Diese Benachteiligung der Angestellten ist nur möglich, weil die Versicherung lediglich auf die Beschäftigten der Arbeiter zugeschnitten ist, und auf die Sonderstellung der Angestellten, insbesondere die längere Dauer der Arbeitslosigkeit, aber keine Rücksicht nimmt.

Die Angestellten erwarten daher von der Novelle in jedem Falle die Zulassung von Erlassungen und damit die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Berücksichtigung ihrer Eigenheiten.

Eine Rede Dr. Steigers.

Alte Probleme der Landwirtschaft.

Berlin, 28. Februar.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger sprach in der Jahresversammlung der Hauptlandwirtschaftskammer über die dringenden Probleme in der Landwirtschaft.

Insbesondere ging der Minister auf die Fragen des landwirtschaftlichen Kredits ein. Nach den Erhebungen der Landwirtschaftskammern könnten die Zinssätze im Westen noch als zum Teil erträglich bezeichnet werden, im Osten

sei das nicht der Fall. Auch dem Grundkredit müsse besondere Sorgfalt zugewendet werden. Als durch Wiederaufnahme der Siedlung die Frage der Umwandlung des Zwischenkredits in Dauerkredit akut geworden sei, habe sich der Minister für eine Rentenbank an Stelle der provinziellen Rentenbanken eingesetzt. Künftige Überlegungen hätten den Minister in bezug auf die Landwirtschaft geleitet.

Bezüglich der Bewertung der Kartoffeln, die für den Osten eine durch keine andere Frucht zu erzielende wichtige Rolle spielen, müsse immer wieder hervorgehoben werden, daß die Erhöhung des Brennpreises unerlässlich sei. Für den Osten sei es aber auch notwendig, planmäßig auf eine Förderung von Erzeugung und Absatz in der Landwirtschaft hinzuwirken.

Zum Schluß führte der Minister aus, daß aber nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Gegenstände vorhanden seien, die bringen der Reichs- und Staatsfürsorge bedürften, und wies dabei insbesondere auf die fohngeliebte Gifel, Hunsrück, Westermach, Teile vom Sauerland und Rhön sowie auf die Niederungsgebiete, vor allem das Emshard, hin.

Einspruch im Reichstag.

Gesetzesanträge und neue Geschäftsrunden.

Berlin, 1. März.

Der Reichstagsabgeordnete von Spel (Landolf), Direktor des Reichslandbundes, hat an den Reichstagspräsidenten eine Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die dem Reichstag vorliegenden Anträge auf Wiederaufhebung von Gesetzlichen nicht nur den Verbrauch vor inländischer Fleisch, sondern auch dem von ausländischer Vieh- und Fleischfuhren betreffen.

Es würden also dem Reiche Zollausfälle entstehen, ganz abgesehen von weiteren indirekten Schädigungen für die Reicheinschneher. Nach Paragraph 48 a der Geschäftsordnung dürften aber derartige Anträge nur zusammen mit den dazugehörigen Titeln des Haushaltsplanes und nur dann beraten werden, wenn sie mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden seien.

Antrag und Ausgleichsantrag bilden für Beratung und Abstimmung einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag. Bei dem hier in Rede stehenden Gesetzesantrag liege ein Ausgleichsantrag überhaupt noch nicht vor, er müßte auch erst bei dem dann in Frage kommenden Haushalt behandelt werden.

Abgeordneter von Spel hält es daher nicht für zulässig, daß über die Gesetzesanträge, so wie es beabsichtigt ist, abgemittelt werde, und erhebt dagegen Einspruch, daß sie auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Bund der Bauern Deutschlands hat in einer Eingabe an die Reichsregierung und eine Anzahl ihm nachfolgender Abgeordneter dringend darum gebittet, daß das Gesetzliche, das nicht eingeleitet wird, nicht in den nächsten Reichstagsantrag, sondern in den letzten Wochen und Monaten katastrophal gestaltet, daß ein erheblicher Teil des Auftriebes nicht abgelegt werden konnte.

Gegen Wirths Einmischung.

Friedrich lehnt ab.

Braunschweig, 28. Februar.

In zwei Massenversammlungen sprach der nationalsozialistische Minister Dr. Fried. Er erklärte, die Nationalsozialisten wollten auf legalem Wege die Macht im Staate erlangen. Er hoffe, daß die braunschweigischen Kommunalwahlen am kommenden Sonntag bereits zeigen würden, was Minister Dr. Franzung bisher in Braunschweig gestiftet habe. Ueber die Reichspolitik erklärte Dr. Fried, die Nationalsozialisten hätten sich vorbehalten, in den Reichstag zurückzuführen, wenn ein tüchtiger Anschlag gegen die nationale Opposition erfolgen würde. Sie würden in dem Augenblick zurücktreten, in dem es dem Gegner am unangenehmsten sei. An die Regierung müßten neue Männer kommen, deshalb forderten die Nationalsozialisten die Auflösung des Reichstages und des preussischen Landtages.

Man habe davon gesprochen, daß die nationale Opposition ein Kampfpapier bilden wolle. Dr. Wirth, der jetzt wieder eine Allianz gegen Braunshweig rufe, möchte auch dort wieder eingreifen. Er habe neuerdings im Bundesrat erklärt, er würde wieder einen neuen Schritt gegen Thüringen einleiten. Dr. Wirth werde auch in diesem neuen Falle seine Kompetenzen wieder überschreiten. Ob sich die nationale Opposition in Weimar zu einer Kundgebung zusammenfände, liege lediglich im Entschluß der Führer und ginge Dr. Wirth gar nichts an. Ueber das Nationaltheater verfüge er, Dr. Fried, und nicht Dr. Wirth.

Revirement im A. A.

Die neuen Männer.

Berlin, 28. Februar.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten in Brüssel, Dr. Hofmann, zum Gesandten erster Klasse in Lissabon ernannt. Der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Freiherr von Dr. Wachenfeld, wurde Gesandter in Luxemburg. Der Konsul in Beirut, Dr. H. Schmidt, ist zum Gesandten in Kairo ernannt worden und Legationsrat Dr. Fiemke zum Konsul in Beirut.

Der neue Gesandte in Lissabon, Dr. Hofmann, ist aus dem preussischen Justizdienst herbeigekommen. Er hat den Aufstufungen in Paris und Washington in früheren Jahren als Legationssekretär angehängt und ist auch schon in Lissabon tätig gewesen. 1922 wurde er zum Vortragenden Legationsrat ernannt, 1926 Dirigent für England und Amerika im Auswärtigen Amt, seit 1928 war er Gesandter in Brüssel.

Gebürtlich Freiherr von Dr. Wachenfeld gehört seit 1912 dem Auswärtigen Amt an. 1916 zum Legationssekretär ernannt wurde er 1921 Botschaftsrat in Belgrad, 1924 Botschaftsrat in Brüssel, nach vorübergehender Tätigkeit in London wurde er 1927 in das Auswärtige Amt berufen.

Der neue Gesandte in Kairo, Dr. Schmidt, gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1906 an. Zu Beginn seiner Tätigkeit für den Auswärtigen Dienst war er vorwiegend als Dragoon in Konstantinopel und Saloniki tätig. 1921 wurde er zum Legationssekretär befördert.

Der neue Konsul in Beirut, Dr. Fiemke, war eine Reihe von Jahren als Dragoon tätig. 1919 wurde er in das Auswärtige Amt einberufen, 1921 Botschaftsrat beim Konsulat in Sofia. 1926 erfolgte seine Ernennung zum Legationsrat.

Hilfe für Bayern?

Erfolgsprechende Verhandlungen.

Berlin, 1. März.

Die Verhandlungen des bayerischen Ministerpräsidenten Held über die Einbeziehung bayerischer Teile in das Offiziersgebiet scheinen nicht ohne Erfolg verlaufen zu sein. Jedwfalls macht der Ministerialdirektor Dr. Wegmann von der Offiziers- und Reichsanstalt in einer Veröffentlichung darauf aufmerksam, daß die bayerische Grenznot ein weltweites Problem sei und aus nationalpolitischen Gründen würde abgelehnt werden müssen.

Dem Licht der Gegenwart durch gerechtfertigt zu werden, daß es eine weitere Ausdehnungsmöglichkeit vorläge. Aber über allen solchen Wünschen und ihrer Erfüllung steht, wenn man die Hilfe nicht der größten Vorficht auszuwählen und je nach dem Bedürfnis der Gebiete verhältnismäßig ansetzt (es braucht auch nach dem Gesetzeswortlaut schon jeit feineswegs allen zugewandt zu werden), das Mangel der Wirkungsmöglichkeit einer einseitigen Verhängung und Erschütterung der Weltverhältnisse andererseits.

Hendersons Erfolg.

Römer Flottenverhandlungen beendet.

Rom, 1. März.

Amfisch wird mitgeteilt, daß als Ergebnis der Flottenverhandlungen ein grundsätzliches Übereinkommen über die auf der Londoner Konferenz offen gelassenen Fragen erzielt worden ist. Das Abkommen wird der französischen Regierung unterbreitet werden. Zu diesem Zweck reisen Henderson und Alexander nach Paris.

Wenn die französische Regierung ihre Zustimmung gibt, wird das Abkommen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Japans und der britischen Dominien angelegt werden. Henderson und Alexander verließen am Sonntag um 13.45 Uhr Rom, um nach Paris zurückzukehren. Am Vormittag sind die beiden englischen Minister, wie angekündigt, vom König empfangen worden, außerdem hat eine Unterredung zwischen Grandi und Henderson stattgefunden.

Französisches Mißtrauen.

Paris, 1. März.

Die Pariser Presse erklärt, wenn nichts Innewartendes demnächst, könne man mit dem Abschluß einer englisch-französisch-italienischen Flottenvereinbarung im Laufe des Montagvormittags rechnen.

Dieser starke Optimismus wird in politischen Kreisen nicht allgemein geteilt. Es herrscht vielmehr Verwirrung darüber, daß die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen so streng geheimgehalten werden, und man knüpft daran die Befürchtung, daß Frankreich zu weiteren Zugeständnissen an Italien gezwungen werden könnte. Dabei wird betont, daß

Frankreich an einem Uebergewicht von 150 000 Tonnen gegenüber der italienischen Tonnage gar nichts liegen könne, wenn die im Jahre 1913 auf Kiel gelegten und zum Teil allerdings erst nach dem Kriege vollendeten französischen Battleschiffe mit angerechnet würden. Diese Battleschiffe hätten im Jahre 1908 wegen Ueberalterung keinen Wert mehr, was praktisch zu einer italienisch-französischen Flottengleichheit führen müßte.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die anfängliche französische Beteiligungsaktion in gewissen Mißtrauen gegenüber den englischen Unterhändlern und ihrer Verhandlungen mit Mussolini umgehungen ist. Nichtsdestoweniger veröffentlicht die Presse fast durchwegs äußerst vorsichtige Telegramme ihrer römischen Botschaftler.

Frankreich bleibt Italien überlegen

Paris, 2. März.

Nach einer Agenturmeldung aus Rom sollen die Bedingungen des zwischen den englischen und italienischen Flottenfachverständigen verhandelten Flottenkompromisses wie folgt lauten:

- 1) Frankreich wird gegenüber Italien in der Gesamtonnage eine Ueberlegenheit bewahren. 2) Italien wird in der Kategorie der Torpedobatterieschiffe und der leichten Kreuzer eine etwas höhere Tonnage erhalten als Frankreich. 3) Frankreich wird in der Kategorie der Uferboote eine ziemlich beträchtliche Ueberlegenheit gegenüber Italien erlangen. 4) Frankreich darf einige seiner großen Schlachtschiffe modernisieren mit dem Vorbehalt, daß diese für den Dienst zwischen dem Mutterlande und den französischen Kolonien in Uebersee Verwendung finden. 5) Battleschiffe der 10 000-Tonnen-Kreuzer sollen sich Frankreich und Italien gleichstellen. 6) In der allgemeinen Kategorie der Battleschiffe soll Frankreich eine leichte Ueberlegenheit gegenüber Italien erlangen.

Deutsche Tageschau.

Verlängerung der preussischen Hauszinssteuer.

Der Hauptausschuß des preussischen Landtages beriet das Verlängerungsgesetz für die preussische Hauszinssteuer. Den besonderen Gehörten der Beratungen bildete die Frage des Auslegers für die Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungsanleihe, die mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in Kraft trat. Finanzminister Dr. Höpfer-Möschler wies auf den außerordentlichen Erfolg der Lage hin. Besonders lasse die Notlage der Gemeinden eine Senkung der Hauszinssteuer über das von der Regierung als angemessen bezeichnete Maß hinaus nicht. Das Gesetzgebungsamt im Hausstaat dürfte nicht weiter erschüttert werden.

Am den Schenker-Vertrag.

Guedards Antwort auf eine Anfrage.

Berlin, 28. Februar.

Der Reichsverkehrsminister von Guedard hat auf eine am Reichstag eingebrachte Kleine Anfrage bezüglich des Schenker-Vertrages die folgende Antwort erlieht:

„Zu dem Vertrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit der Firma Deutsche Reichsbahn-Schenker & Co. G. m. b. H. habe ich bereits in den Reichstagsreden des Reichstags am 19. und 20. d. M. Stellung genommen. Der Vertrag ist mir vor dem Abgange nicht vorgelegt worden.“

Ich habe von ihm erst durch Mitteilung durch einen der Herren Abgeordneten Kenntnis erhalten. Ich habe hierauf den Vertrag von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung, angefordert, sie darauf aufmerksam gemacht, daß nach meiner Auffassung der Vertrag der Genehmigung der Reichsregierung bedürftig, und die Hauptverwaltung ersucht, von der Durchführung des Vertrages bis auf weiteres Abstand zu nehmen.

Die Reichsregierung ist der Auffassung, daß ihr die Genehmigung des Abkommens mit Schenker vorbehalten ist, und daß ohne diese Genehmigung die Abkommen zwischen den Parteien rechtsunwirksam ist. Die Frage, ob diese Genehmigung erteilt werden kann, erfordert eine sehr eingehende und genaue Prüfung, die erst möglich ist, wenn die an die Reichsbahn gerichteten finanziellen Fragen beantwortet sind.“

Orientierungsfahrt nach Rußland.

Was man von den deutschen Industriellen wünscht.

Etwa gleichzeitig mit der Abreise der deutschen Industriellen nach Rußland werden in der sowjetrussischen Presse die ersten Kommentare zu diesem Besuch veröffentlicht. Von besonderer Bedeutung ist darunter die Stellungnahme eines führenden Dramen der russischen Intellektuelle, der „Sa Indu-“

Was es ihr aber gelungen, diese Phantome zu verjagen, erliegen nicht viel später vor ihren geistigen Augen ein lauchendes Gesicht mit einem hochgehaltenen Lächeln darin —

Früher als gewöhnlich erhob sie sich am nächsten Morgen, aber der bestemmende Wind wich nicht von ihr. Auf Schritt und Tritt verfolgte sie gleich einem Schatten Leos hohe, kraftvolle Gestalt. Auf Schritt und Tritt lag sie sich vor seinen bittenden, heißen Blicken umfängen. Und schließlich überreichte sie sich bei einem tiefen Seufzer, der dem verriegelten Brief galt, die sie ritisch-rasch zerriß und ihm vor die Füße geworfen hatte. Welche Mitteilungen mochte er für sie enthalten haben —?

Ihre Gedanken und verabschiedete. Ein Schauer durchzerrte sie, wenn sie an den erlittenen, traurigen Ausdruck seiner Augen dachte, als sie ihm geteilt ihre Beleidigungen ins Gesicht geschleudert —

Mitten im Sinnen wurde ihr plötzlich Doktor Pausen gemeldet, der dringend empfangen zu werden wünschte. Ewelme keuchte. Auch mit diesem Namen hatte sie sich nicht machen wollen, nur wegen der „Guten Morgen“ Empfehlung — und doch fand sie keine harten Worte, als sie ihm nun gegenüberstand. Unter normalen Verhältnissen wäre Pausen vielleicht das blaße Antlitz der Gutsbetriebsin aufgefalten, helle aber war er selbst viel zu stark erregt, um derartige Diagnosen zu stellen.

„Nun ist der ganze Schwimbel heraus!“ polterte er los. „Aber ich hab's ja gleich gesagt: Kein Vorwurf soll mich treffen, wenn ein Unglück bei der Geschichte herabstürzt! Nun ist es glücklich da, das Unglück! Der Baron duelliert sich!“

Ewelme maß ihn mit einem verärgerten Blick. „Was — tut — er?“ murmelte sie. „Er — duelliert sich? Warum, um Gotteswillen? Und mit wem?“

„Komme eben von drüben,“ rief sie Doktor Pausen drohenden Hauptes zu näherer Erklärung herbei. „Hat seit heute morgen ebenfalls Besuch, der Gefährliche! Der Baron duelliert sich mit dem Baron, der frühere Regimentskamerad des Barons. Ganz verrückte Geschichte, das!“

triatiozist.“ Dieses Fachblatt ist bemüht, die deutschen Industriellen sehr eindringlich auf die großen Chancen hinzuweisen, die sich ihnen für ein langfristiges Geschäft in Rußland bieten — wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, die man von russischer Seite an ihren Besuch knüpft.

Es wird herausgemacht, daß der fünfjährige Plan eineswegs auf eine Einschränkung der industriellen Einfuhr hinauslaufe, das er im Gegenteil sehr erhebliche Bedürfnisse an ausländischen Erzeugnissen in sich schloste und daß zur Deckung dieser Bedürfnisse Deutschland in erheblich stärkerem Maße herangezogen werden könnte, als bis her der Fall war, je selbst über die im fünfjährigen Plan aufgestellte Schätzsahl hinaus.

Wenn Deutschland im Vorjahr für 200 Millionen Rubel Bestellungen aus Rußland erhalten habe, so sei das nur ein Anfang, schon das laufende Jahr könnte eine erheblich höhere Summe bringen. Das klingt alles sehr versprechend und sehr verlockend, und man möchte gern eben auch diese Bedingungen über die Bedingungen hören, die an diese Zulagen oder doch an diese Offerten geknüpft werden sollen. Darüber freilich äußert sich bei allem Vorreichtum der zitierte Aufsatz wenig wesentlich allgemeiner und unaufrichter.

Daß der Wunsch besteht, langfristige Vereinbarungen zu treffen, ist verständlich, daß man Einigkeit in die besonders schwere Lage der deutschen Wirtschaft befindet, ist anzuerkennen, wenn dann aber von „gewissen Vorbedingungen“ gesprochen wird und von einer zu sichernden Perspektive bezüglich der Einstellung der deutschen Industriellen, so sind das rechtlich allgemeine Lebensregeln, und man wird wünschen müssen, daß bei den bevorstehenden diesen Unterredungen deutscher gesprochen wird, wenn man hoffen soll, daß bei ihnen etwas Bestimmtes und Bestimmtes herauskommt.

Da die höchsten Stellen, die in der russischen Räteregierung für volkswirtschaftliche Fragen zuständig sind und verantwortlich sind, die Einladung haben ergeben lassen, darf man sich nicht wundern, daß diese mehr als nur theoretische Vorstellungen stehen, die bestimmte und eindeutig zu umschreibende Wünsche und Richtlinien vorhanden sind, die mehr bedeuten als den von der russischen Fachpresse im voraus begrüßten „Anstoß“ zur Lösung eines wichtigen volkswirtschaftlichen Problems.

Der Kampf um den Wehrhaushalt.

Die Stellung der Sozialdemokratie.

Berlin, 28. Februar.

Es ist bekannt, daß innerhalb der SPD, die Auffassungen über den Wehrhaushalt noch nicht völlig geklärt sind, und daß eine einheitliche Stellungnahme, besonders zu den Fragen des Baues der Panzerflotte noch nicht erzielt ist. Der besondere Widerstand eines Teiles der Fraktion richtet sich gegen die erste Rate für das Panzerflott B, die mit 10,83 Millionen Mark im Wehrhaushalt veranschlagt ist.

Danon sind 6,1 Millionen für den Schiffbau, 4,63 Millionen für die artilleristische Ausrüstung und 100 000 Mark für die Torpedowaffe bestimmt. Dagegen ist die für das Panzerflott A eingelegte Summe von 18,8 Millionen (9,5 Mill. für den Schiffbau, 9,1 Mill. für die Artillerie und 200 000 Mark für die Torpedowaffe) ohnehin unzulässig, da es sich um die für die Fertigstellung des bemittelten Schiffes notwendige Bauplätze handelt. Für das Panzerflott A wird darüber hinaus nur noch ein kleiner Rest benötigt werden.

Die Frage der Schiffbauanteile berührt aber zugleich die gegenwärtig besonders akute Frage der Arbeitsbeschaffung, da 80 v. H. der angeforderten Summen für Köhne und Gehälter verwandt werden, die den Küstenstädten wie auch den inländischen Lieferanten zugute kommen. Der Wehrhaushalt wird voraussichtlich Dienstag oder Mittwoch dem Hauptausschuß des Reichstages zur Beratung vorliegen, selbst wenn bis dahin noch keine völlige Klärung über die endgültige Haltung der Sozialdemokraten erzielt sein sollte.

Innerpolitische Forderungen der Deutschen Volkspartei

Köln, 2. März.

Vor dem Wahlkreisverband Köln-Landen der Deutschen Volkspartei führte deren Führer, Reichstagsabgeordneter Dr. Dingeldey u. a. aus: Die Außenpolitik steht an einem Wendepunkt. Von entscheidender Bedeutung wird die Lösung der Frage der internationalen Solidarität sein. Die Zeit ist vorbei, wo das deutsche Volk es ertrau, das

Komme gerade dazu, wie die beiden Herren beim Frühstück sitzen und wie Ringmann von einer „hüben Viele!“ schwärmt, die seine Frau werden wird —! „Eagst der Baron. „Am die werde ich anhalten.“ — Zum Teufel, ich denke der Ringmann wird wahrhaftig. Bis der Baron erhärtet: „Sie, Ewelme Reiter, hätten das befohlen.“ — Der Teufel bringt doch da mein Ringmann hoch, haut auf den Tisch, daß das Geschick flirrt, und lächelt etwas von einem „übergeschnappten Frauenzimmer“ — damit waren Sie nämlich gemeint —

„Und das — das haben Sie schweigend geduldet?“ fuhr Ewelme auf. Alles sicherte in ihr.

„Geduldet? Geduldet!“ Pausen machte eine müttende Gebärde. „Ich kam ja überhaupt nicht dazu, etwas zu dulden oder nicht zu dulden. Kam halt Ringmann das von dem übergeschnappten Frauenzimmer gelangt als der Baron nun innerleibes hochging. „Egon!“ lagte er. „Ueberlebe dir was du sprichst! Solche Beleidigungen balde ich nicht.“ Doch der liebe Egon war in so Rage, daß er nicht auf sich achten millen noch ein halbes Duzendmal das selbe rebete. Ja ja — und hams! war dann auch richtig schon das Quell perfekt — schon hatte Helgel keinen Freund auf Pistolen gefordert, nur, weil Ringmann das von dem „übergeschnappten Frauenzimmer“ gelangt hat. Ja. Und morgen früh um fünf geht's los. Aber ich hab's ja gleich gesagt: Mich soll kein Vorwurf treffen, wenn ein Unglück dabei herabstürzt!“

Das hatte noch gefehlt! Nun schlug er sich noch thretogent!

Ewelme küßte, wie ihr das Herz bis zum Halbe trau. „Ich küßte.“ Sie hörte schon jetzt im Geiste die Schülfe trauen, sah Blut — rotes, dampfendes Blut — und sah ein tobendes Gesicht, das dem Leos Höhe anfangen anstarrten.

„Rein!“ lächelte er in ihr. „Rein! Rein!“ Um aller Barmherzigkeit willen, das Quell durfte nicht stattfinden! Es mußte verhindert werden! (Schluß folgt.)



Die tolle Miss

Humoristischer Roman von Bert Oehmann

43. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die lanke, stille, behagliche Diefel fuhr wie eine Platte empor. Jörn bligte in ihren blauen Augen, heißer, wilder Jörn. Und dann brach es unaufhaltsam hervor: Was denn ihr, Ewelme, einfache, ich bezart in ihre Angelegenheiten zu mißgön? Es ist einladend überhöht! Der Baron Heigel möge sich zum Teufel führen! Sie liebe ihn ja gar nicht und wisse heute längst, daß sie ihn auch niemals so richtig geliebt habe! Sie wolle ihn niemals wiedersehen! Nie! Nie! Im Gegenteil, es sei im Grunde genommen großartig gewesen, daß er so plötzlich aus Finsberg verschwand, den sie, jamohl, denn dadurch habe sie am besten gemerkt, daß es keine wahre Liebe, sondern nur ein klügerer Raub gewesen sei, unter dessen Banner sie geknaben habe. Es hätte alles so sein sollen. „Sonder der Liebe n Penlon habe sie gleich nach Heigels Abreise einen Ingenieur namens Egon Ringmann kennengelernt — und den sie liebe sie und den er werde sie auch heiraten, sobald er bei der Mutter offiziell um ihre Hand angehalten habe, was sogar schon in den nächsten Tagen geschehen werde. Jamohl! Aber der Baron, der Heigel, der sollte ihr gefälligst vom Leibe bleiben!

Kraftlos loschte Ewelme diesem leidenschaftlichen Anspruchs.

„Und — und das alles erfahre ich erst jetzt?“

„Daß mich ja Worte kommen lassen!“ schimpfte Diefel. „Bist ja hinausgestürzt und davongetragen wie eine Besessene — wahrscheinlich nur darum, weil du den Baron nicht leiden kannst!“

Es war eine unruhige Nacht, die Ewelme verbrachte. Immer, wenn sie die Augen schloß, tauchte ein dieses Männerantlitz vor ihr auf — aber sie vernahm eine tiefe, klugvolle, befehlende Stimme —

der französische Kriegsminister zur Rechtfertigung der französischen Kriegsmacht von dem alten, endlich erlösten Mittel der Kriegsschuldigen Gebrauch machte.

Der Redner forderte dem Nationalsozialismus mehr Verantwortungsgelübde. Das deutsche Volk habe ein Recht zu wissen, was geschehen würde, wenn die Nationalsozialisten einmal die Verantwortung übernehmen.

Dr. Dingeldey stellte weiter die Frage: Sollen Gesetz und Verträge hartnäckig gehalten werden, auch wenn darüber Hunderttausende zu Grunde gehen? Die Gewerkschaften sollten in dieser Hinsicht Einigkeit haben. Dingeldey sprach sich ferner für die Erhaltung und Stützung des deutschen Ostens aus und sagte, die Ostfrage habe nicht den Zweck, den Großgrundbesitz zu ionieren, sondern im Osten das Deutschstum gegen die immer bestiger vordringende polnische Flut zu stärken.

Zum Schluß besandete der Redner das Problem Reich-Preußen und stellte folgende Anträge in Aussicht, die die Deutsche Volkspartei bei der Beratung des Staats des Innenministeriums stellen werde: Heraussetzung des Wehlfahrts Schaffung einer ersten Ständigen Kammer neben dem Reichstag und Berufung des Reichspräsidenten zum Oberhaupt des Preussischen Staates.

Die Wahlen in Braunschweig

Erfolge der Nationalsozialisten und Kommunisten

Braunschweig, 2. März.

Das Endergebnis der Stadtordeordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: SPD 37 672 (gegen Stadtordeordnetenwahlen 1928: 44 803), NSDAP 27 040 (3814), KPD 12 236 (4324), DSDP 1427, Reichspartei der nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 829, DVP 471, Nationale Einheitsliste 4924. Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten NSDAP 41 621, NSDAP 25 252, KPD 8828, DSDP 2968, SPD 4999.

Die Sitze in der neuen Stadtordeordnetenversammlung verteilen sich nach vorläufiger Errechnung wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitze der Mittelstandsliste (NSDAP und Nationale Einheitsliste). Die Linksparteien haben gegenüber den Bürgerlichen die Mehrheit um eine Stimme.

In der letzten Stadtordeordnetenversammlung hatten die Sozialdemokraten 19, Kommunisten 1, Demokraten 1, Nationalsozialisten, Volksrechtspartei 1 Sitz und die Bürgerliche Einheitsliste 12 Sitze.

Von 115 500 Wahlberechtigten haben 97 124 das Wahlrecht ausgeübt, das bedeutet eine 84prozentige Wahlbeteiligung.

Gefallenengedenkfeier im Reichstag

Berlin, 2. März.

Zu der mit abschließend am Sonntag abgehaltenen Gedenkfeier des Volksbundes Deutscher Kriegskameradschaften war der Plenarsitzungsraum des Reichstages eindrucksvoll und würdig geschmückt. Die Rednertribüne zierten zwei von der Reichsregierung und dem Reichstag gestiftete Kränze in den Reichsarkaden.

Um 12 Uhr nahm der Herr Reichspräsident, durch Erheben der Verammlung begrüßt, in der Präsidienloge Platz, begleitet vom Reichstagspräsidenten Ullrich, den Reichsministern Grottel und Wirth, den früheren Reichswehrminister Götter als Präsidenten des Volksbundes, dem Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, dem Chef der Heeresleitung, Generalleutnant von Hammerstein, Staatssekretär Meißner und Oberstleutnant von Hindenburg. Auf der Regierungströhne hatten Platz genommen Reichsanwalt Dr. Wüning, Befehlshaber Dr. Dietrich, der Reichsminister Dr. Curtius, von General, Treutmann, der Staatssekretäre Sael und Wünder, Geheimrat Kauf, General Staffe, Bürgermeister Schulz, Reichspräsident Dr. Brücker, der Rektor der Universität, Professor Dr. Diekmann.

Der erste Schriftführer des Volksbundes Deutsche Kriegskameradschaften, Dr. Eulen, hielt die Gedenkrede, die von musikalischen Darbietungen des Kesselischen Bläserbundes und des Ersten Männergesangsvereins Himmelsvoll umrahmt war. Dr. Eulen führte u. a. aus: Während nicht vor uns das deutsche Volk, das heilige Opfer der im Kriege Gefallenen, die furchtbar, damit Deutschland lebt. Wenn heute die Flagen halbamt wehen, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern still vereinen, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Wort zu verwirklichen: „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn ihr einzig lieb und treu!“

Mit den Klängen der ersten Strophe des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ und dem von der ganzen Versammlung lebhaft gefolgten Deutschlandlied schloß die Feier.

Reichspräsident von Hindenburg begab sich darauf in die unteren Räume des Reichstagsgebäudes, wo ihm der Redner des Tages, Dr. Eulen, vorgestellt wurde. Der Herr Reichspräsident schritt nach dem Betreten des Reichstages in Begleitung des Reichswehrministers Goerner die vor der Freitreppe aufgestellte Ehrenkompanie des Wachregiments unter den Klängen des Präzidentenmarsches ab. Dem Reichspräsidenten wurden bei seiner Ankunft wie bei der Abfahrt Lebhafte Freuden begrüßt. Zwei mit Trauermützen geschmückte Flugzeugkisten während der Feier über dem Reichstagsgebäude.

Die Halbmaßbeflaggung in Preußen.

Beschlunsfähigkeit des Landtages.

Berlin, 28. Februar.

Der preussische Landtag beriet zu Beginn seiner Freitag-Sitzung den Antrag der Deutschen Volkspartei, die die Halbmaß-Beflaggung sämtlicher öffentlicher Gebäude in Preußen am Volkstrahtag, dem 1. März, fordert. Bekanntlich muß dieser Antrag am Donnerstagabend vom Verfassungsausschuß des Landtages mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Demokraten und der Kommunisten abgelehnt werden, nachdem ein Regierungstreter erklärt hatte, daß man einer Reichsregelung dieser Angelegenheit nicht vorgehen könne. Bei der namentlichen Abstimmung wurden nur 123 Stimmen abgegeben, so daß das Haus beschlußunfähig war. Die Angelegenheit mußte daher zurückgestellt werden. In einer für sofort abzurufenen neuen Sitzung legte der Landtag die Ausrede zur zweiten Beratung des Aufschubes vor.

Das Haus verzogte sich auf Dienstag, den 3. März, an den beiden vollstündigen Tagen soll der Hauptausfluß des Beschlunsfrage zur Verlängerung und Verschiebung des Haus-Sitzes vorbereiten. Am Dienstag folgt der Landtag dann die zweite Beratung zum Aufschubsausschuß.

Aus der Heimat und dem Reich.

Nürnberg, den 2. März 1931.



Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Vom Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften wird uns geschrieben: Der Braunschweiger für Handel und Gewerbe hat mit einem Erlass vom November 1930 an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin die beteiligten Behörden angewiesen, auf eine wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit im Landrecht und Kleingewerbe hinzuwirken. Die in Frage kommenden Behörden sollen zu diesem Zweck mit den beteiligten örtlichen Gewerbetreibenden fortgesetzt enge Fühlung halten und mit ihnen planmäßig zusammenarbeiten. Gleichartige Erlasse liegen auch von den Regierungen anderer Länder vor. Diese Erlasse betreffen das jetzt auch den Regierungen der großen wirtschaftlichen Gebiete, welche die Schwarzarbeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellt, mehr Beachtung schenken. Auf Seiten der Verbraucher ist hierzu leider noch nicht viel zu hören. Sie sehen zunächst nur die Preisunterbrechung und merken oft zu spät, daß die schließlich doch schlechter und teurer bebaut worden sind, als wenn sie den Auftrag einem selbständigen Gewerbetreibenden erteilt hätten. Der für die geleistete Arbeit auch die Garantie übernimmt. Der Preisunterbrechung erklärt sich ohne weiteres aus der Befreiung des Gewerbes durch Steuern und soziale Abgaben. Der Auftraggeber übersieht meist, daß er bei einem Schwarzarbeiter diese Lasten selbst zu tragen hat, da er in vielen Fällen für die nicht gezahlte Lohnsteuer haftet und Beiträge zu Krankenkassen, Invaliden-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung zu leisten hat. Der Unfallversicherung gegenüber können sehr weitgehende Verpflichtungen entstehen. Verantwortlich ist in besonders großem Maße der Auftraggeber durch Schwarzarbeiter unterliegen, sind stets unversicherungs-pflichtig. Der Auftraggeber übernimmt bei diesen Arbeiten nicht nur die Verpflichtung zur Zahlung der Unfallversicherungsprämie, sondern auch die Verantwortung für die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften und die Pflicht zur Erreichung der vorgeschriebenen Geräte, an deren Notwendigkeit und Kosten bei Vergebung der Arbeiten meist nicht gedacht wird. Neben der strafrechtlichen Verantwortung übernimmt der Auftraggeber auch der Berufsgenossenschaft gegenüber die Haftung für alle Unfälle, aus denen Unfälle, die durch kein Verschulden (mangelhafte oder fehlende Geräte usw.) entstanden sind. Das der Grippe gegenüberüberstehende Risiko ist gar nicht abzumachen. Die Vergebung von Arbeiten an selbständige Unternehmer ist also infolge ihrer nicht eine Unterfertigung des notleidenden Handwerks und Gewerbes, sie ist ein Gebot der Vorsicht!

* **Sechs Artifizische Bilanz-Neuauflagen**, die zuerst gefaßt, gibt Mittwoch nachmittag und abend im „Blauen Licht“ ihre ersten Vorkellungen. Am Nachmittag bereiten die kleinen Künstler mit der Aufführung des Märchenstücks „Schneewittchen und die sieben Zwerg“ den Kindern eine außerordentliche große Freude. Diese Märchenstunden werden den Kindern noch lange im Gedächtnis haften bleiben. Die Abendvorstellung wird ein Varietéabend, man ihn sich nicht besser vorstellen kann. Was hier die kleinen Künstler leisten, muß über alle Massen Staunen erregen. Man hat seine helle Freude an den immerhin schon gewachsenen Körpern, die durch typische und artifizische Kunst gut durchgeführt sind. Das reichhaltige und vielseitige Programm wird ohne größere Pausen in schneller Folge abgemittelt.

* **Bezirksfrühjahrstagung des Bezirks Wittenberg** im B. D. N. Am vergangenen Sonntag hielt der Bezirk Wittenberg im Bund deutscher Radfahrer seine diesjährige Frühjahrstagung ab, welche sich durch guten Besuch und eine rege Ausdehnung, durch die das Interesse für die Erhaltung und Vorkommnisse aller Sportarten gezeigt wurde, auszeichnete. Besonders die Jugendpflege und der Saalport gabene Anhaltspunkte für eine ausgedehnte Debatte, deren erhellender Erfolg war, daß sich sämtliche saalporttreibenden Vereine bereit erklärten, zur Bezirksmeisterschaft am 14. Juni in Bad Schmiedeberg am Start zu erscheinen. Zum Bezirksjugendleiter wurde Sportsamerand Sautemig jun. ernannt.

Auch das Sportprogramm des Rennfahrerevents fand einstimmig Annahme. Danach laufen in diesem Jahr: am 15. März Eröffnungstrennen, am 3. Mai 60 und 100 km Kontrollfahrten, am 12. Mai anlässlich des 25jährigen Bestehens des R. V. Germania Bahna, Junioren- sowie Altersfahren, 1. Bezirksmeisterschaft.

am 14. Juni Bezirksmeisterschaft im Saalfahren in Bad Schmiedeberg, 2. Bezirksmeisterschaft, am 28. Juni Gaumeisterschaft in 1er Streckenfahren in Wittenberg.

am 12. Juli Bezirksmeisterschaft in 1er Streckenfahren, am 2. Aug. Bezirksmeisterschaft in 4er Mannschafsfahren, am 30. Aug. Saalfahren, am 20. Sept. Schluffahren, 3. Bezirksmeisterschaft.

Eine längere Debatte rief noch die Rennbahnanlage hervor. Es wurde der Wunsch geäußert, auch in diesem Jahre wieder Bahnrennen zu veranstalten. Dem Vorkand wurde deshalb angehängt, entsprechende Verhandlungen hierüber anzuführen. Besonders Anhang fand auch ein Antrag des R. V. Wanderslust, in diesem Jahre Vereinsmeisterschaftsfahren, wie sie in Leipzig gefahren worden sind, einzulegen. Eine solche Fahrt soll erstmalig am 28. Juni anlässlich der Gaumeisterschaft in 1er Streckenfahren, veranstaltet werden. Auch das Einzelwunderfahren soll in diesem Jahre besonders gepflegt werden und wurden drei Bezirkswunderfahren eingelegt, von denen eine nach Schmiedeberg und eine nach Bahna läuft, während für die dritte das Ziel noch nicht festgelegt wurde.

Seegreina. (Maul und Klauenfunde.) Die viehseuchepolitische Anordnung des Landrats des Kreises Wittenberg über die am 6. Dezember über Seegreina verhängte Sperre wegen Ausbruch der Maul- und Klauenfunde ist aufgehoben, da die Klauenfunde erloschen ist.

Blodda. (Fische in der Seide.) Am 19. Februar fing der Jagdbesitzer unserer Gemeinde für einen starken, ausgewachsenen Fuchsbüchse im Gien. Derselbe hat um den Hals ein altes Hundehalsband aus Leder mit Schnalle. Das Band war verrotten. Es wäre interessant zu erfahren, dem und wann der Fuchs vermutlich aus seinem Stal und Zwinger entwich ist. — Die Fische haben in den letzten Jahren in den umgebenen Wäldungen beständig zugenommen, so daß man sich geizungen sah, in den bließigen Fluren Gist zu legen, um den schlauen Räubergetellen, welche vom Mähleber, Nöcker, Crinaer, Schönaer und Jögger Jagdbesitz Raubzüge nach hier unternahmen, in ihrer weiteren Ausbreitung etwas Einhalt zu bieten.

Salle. (Kritik der Abend.) Aus Anlaß einer nationalsozialistischen Verammlung im Stadthaus drohten auf dem Königplatz und in den angrenzenden Straßen gräßliche Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die aber durch ein hartes Polizeigebot — auch Berittene waren aufgeboten — verhindert werden konnten. Die Menge wurde ohne nennenswerte Zwischenfälle gestreut. Kurz vor Mitternacht wurden in der Laden-geschäften in der unteren Leipziger Straße die Schaufenster-scheiben eingeworfen. Zwei feigenmännliche Männer mußten wieder entlassen werden, da ihnen die Täterschaft nicht nachgewiesen werden konnte. Geflohen ist aus dem Schaufenster eines Waffens, schäffers, in Trommelcoolier und eine Schredtscheule. Der Täter ist eine weibliche Person, die festgenommen wurde.

Salle. Zwei maskierte Räuber drangen in ein Büro in der Königstraße ein und bedrohten im Büro anwesende Frauen mit Schußwaffen. Einer der Täter schlug der Ehefrau des Geschäftsinhabers mit einem harten Gegenstand über den Kopf und riß ihr eine Geldtasche aus der Hand. Strauß ergriffen die Räuber die Flucht. Beide Frauen nahmen keine Verletzung auf. Einem Angestellten gelang es, einen Täter am Jodert festzuhalten, er konnte sich losreißen, ließ aber die Rastete fallen. Die Täter flüchteten dann durch die König-, die Brudtorfer und Dendorfer Straße. Bis hierher wurden sie von Straßenpassanten verfolgt. In der Dendorfer Straße gaben die Täter mehrere Schüsse auf ihre Verfolger ab, so daß viele von einer weiteren Verletzung betroffen und die Täter entkommen konnten. Ein Auto, das in der Nähe des Tators gefahren hat, ist später neben den Tätern gefahren sein. Die Verletzungen der Überfallenen sind leichter Art.

Salle. Schlechte Auslichten. Wie die „Saalezeitung“ erzählt, ist im Konturs der Bankfirma Beck & Kalle für die nicht bevorrechtigten Forderungen so gut wie nichts zu erwarten. Das Geschäftsbüro am Niedeplatz hat sich aufgelöst, davon sind 671 000 RM ausgefallen, so daß die Foffinen um diese Summe anwachsen. Weiter soll gegen den Inhaber der Firma Anzeihen Depotvergehen erstattet werden sein.

Bürgermeisterwahl in Erfurt

Erfurt. In der Stadtordeordnetenfassung wurde Stadtkämmerer Kretschmar mit den 25 Stimmen der Sozialdemokraten, Großdeutschen (Schmidt) und Ritter zum Bürgermeister gewählt. Für den Kandidaten der Bürgerlichen Vereinigung wurden 20 Stimmen abgegeben, während für den kommunistischen nur 6 Stimmen zusammenkamen.

Barneberg (Kr. Neuhaldensleben). Stilllegung der Braunohlengrube. Wie angekündigt, wird der Betrieb der Grube Caroline am 1. März stillgelegt. Von der Einstellung werden 250 Mann betroffen. Damit erreicht der Niedeplatz im Hüttenberger Braunohlengrube einen verheerenden Grad. Von den elf Werken, die früher in Betrieb waren, befinden sich dann nur noch zwei in Tätigkeit. Die seit 1857 bestehende Grube Caroline gehört zum S. G. Farben-Konglomerat. Die Dauer ihrer Betriebsstilllegung ist unbestimmt.

Jerichow. Zum Fall Grothe. Der rätselhafte Fall des seit vier Jahren vermissten Landwirts Grothe aus Jerichow ist noch immer nicht geklärt. Wie erinnerlich, wurde vor einiger Zeit ein Potenzenfieber, der mit Grothe zuletzt gesehen worden war, unter Verdacht verhaftet, aber wieder freigelassen. Jetzt kommt eine Nachricht, daß Grothe jetzt in der Fremde in die Fremdenlegation anwerben ließ. Bei der Polizei meldete sich nämlich ein Mann, der in der Fremdenlegion früher gedient haben will, und erklärte zum Fall Grothe, in seiner Koppelchaft sei ein Legionär namens Bednowski gewesen, der ihm erzählt habe, er komme aus der Jerichower Gegend. Dieser Legionär müsse mit Grothe identisch sein. — Diese Angaben werden von der Polizei geprüft.

Magdeburg. Die Auflösung der Eisenbahn-Hilfskräfte. Der Preussische Landtag nahm zur Würdigung der Reichsbahndirektion Magdeburg folgenden Antrag des Verkehrsministeriums an: Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung vorzutragen zu werden, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft veranlaßt, den Beschluß des Verwaltungsrats, die Reichsbahndirektion Magdeburg aufzulösen, rückgängig zu machen; der preussische Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft anzumelden, sich im gleichen Sinne zu betätigen.

Kündigung der Chemielöhne in Mitteldeutschland Halle. Die Lohnsätze für die mitteldeutsche chemische Industrie, Sektion V 6, umfassend die Gebiete Braunschweig, Anhalt und Thüringen, sind zum Arbeitsverordnungsamt mit vierwöchiger Frist gekündigt worden.

Zur Leipziger Messe.

Leipzig. Am Sonntag wurde hier die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse eröffnet, die als Auswirkung der Notzeit ebenfalls im Zeichen der Sparlichkeit steht. Wesentlich zeigte es sich darin, daß bedeutend weniger Druckwaren verteilt wurden und auch der Woll- und Seidenhandel, an den Messenständen wird mit Prospekten und Werbeprospekten ebenfalls sparsam umgegangen. Das Schauprogramm fehlte diesmal fast ganz. Die niedrigste Schätzung der schon Sonntag früh in Leipzig anwesenden Messebesucher liegt etwa bei 100 000. Ganz besonders stark dürfte diesmal der Besuch aus England sein, da in den letzten Tagen alle Kanaldampfer überfüllt waren. Die Zahl der amerikanischen Einkäufer wird auf 1200 geschätzt, obwohl man von jedem Exporteur hören kann, daß gerade in den letzten Monaten der Export nach Amerika deutlich erkennen lasse, wie auch dort die Kaufkraft ganz erheblich zurückgegangen ist. Das läßt daher schließen, daß die aus den U. S. A. eintreffenden Einkäufer auf der Messe diesmal Waren suchen, die der heutigen amerikanischen Kaufkraft entsprechen. Aus England sind vier Sonderzüge eingetroffen, aus Frankreich drei, und auf die meisten anderen Länder nimmt mindestens ein solcher Sonderzug des Messenamts.

Auf der Technischen Messe läßt sich das Geschäft nicht ganz so schlecht an. Auffallend ist es, wie sich alle Branchen der deutschen Industrie die Erfahrungen und Lehren der letzten Messe und der vergangenen Monate zunutze gemacht und wie sie sich mit außerordentlich zahlreichen Neubeiten der gelumten Kaufkraft angepaßt haben. Bei den erheblich billiger gewordenen Fabrikaten der Porzellan- und Glasindustrie, bei Werkzeugen und ganz besonders in der Hygiene- und in der Schmiedindustrie sowie in dem mit sehr guten Leistungen vertretenen Kunstgewerbe tritt ganz offensichtlich das Bestreben hervor, durch gefällige zeitgemäße Muster, wie sie der ebenfalls gelumten Kaufkraft des Auslandes entsprechen, den ausländischen Kundenkreis wieder zu erweitern. Jedemfalls hat der Sonntag der Frühjahrsmesse einen nicht ungünstigen Verlauf gegeben.

Aus Anlaß der Frühjahrsmesse ist eine große Zahl von Ehrenämtern in Leipzig eingetroffen, so als Vertreter der Reichsregierung Staatsrat Dr. Eberleinburg, ferner Reichsnotar Dr. Luthner, die Ministerpräsidenten von Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und Anhalt, zahlreiche Vertreter der Länderregierungen, der Reichswehr, der Reichsbahn, der Reichspost und der sonstigen Behörden, der Parlamente, der öffentlichen Körperschaften und der Verbände von Industrie, Handel und Handwerk sowie Vertreter der befreundeten in- und ausländischen Messen. Zur Begrüßung der Ehren Gäste fand am Vormittag im Alten Rathaus ein kurzer Empfang statt.

Der Vorsitzende des Direktoriums des Messenamts, Dr. Schuler, führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß die diesjährige Frühjahrsmesse von 9017 Ausstellern, darunter 1154 ausländischen, besetzt ist. Wir haben in Deutsch-

land, so fuhr er fort, ungefähr 150 000 Betriebe, die Fertigwaren (Verbrauchsartikel und Produktionsmittel) herstellen. Jeder neunzehnte Betrieb ist als Aussteller der Messe. Die auf den beiden Messen des Jahres 1929 erteilten Aufträge brachten 179 300 Arbeiter, die des letzten Jahres 152 060 Arbeiter Beschäftigung für das ganze Jahr. Die Fertigungsausrüstung sei, wie Dr. Schuler betonte, Fertigungsfähig durch Exportmaßnahmen. Die Fertigung der U. S. A. fuhr unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung sei eine ebenso nationale Tat wie die Hebung der Landwirtschaft.

Am Namen der Sachlichen Regierung hieß Ministerpräsident Scheide die Ehrengäste willkommen. Er betonte, daß das Leipziger Messenamt es verstanden habe, auch diese Messe wieder zu einer großen und eindrucksvollen Veranstaltung vor allem der Deutschen, aber darüber hinaus auch der internationalen Wirtschaft zu gestalten. Die wichtigste Wirtschaftslage Deutschlands habe gerade auf die Ausfallzeiten und Bewerbe Sachsens einen sehr tiefgehenden Einfluß gehabt. Es sei zu hoffen, daß die Reichsregierung dieser Lage Sachsens, die auf der Chemnitzer Tagung deutlich und eingehend erläutert worden sei, in ausreichendem Umfang bei ihren Maßnahmen Rechnung tragen werde. Arbeitsbeschaffung durch Auftragserteilung aus der sachlichen Industrie dringend sei. Der Ministerpräsident vertrat dann darauf, daß die Leipziger Messe keineswegs eine rein sächsische Angelegenheit sei; nur ein Viertel der Aussteller stamme aus dem Lande Sachsen.

Anschließend an den Empfang wurden die Messehäuser der inneren Stadt besucht, in denen die Fertigwaren und Konsumartikel ausgestellt sind. Es folgte ein einfaches Frühstück im Buchhändlerhaus, bei dem Oberbürgermeister Dr. Bodeleiter als Vorsitzender des Verwaltungskomitees des Messenamts die Gäste begrüßte.

Der sächsische Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Scherich wies auf den Wert der Wronaand für das deutsche

MUSSOLINI

hat während seiner vierjährigen Regierungstätigkeit zum ersten Mal einen Kameramann, dem Bildberichterstatter der „Münchener Illustrierten“, erlaubt, ihn bei der Arbeit in der geheimen Werkstatt seines Schaffens unauffällig zu beobachten und zu fotografieren. Diese Reportage zeigt nicht den spielenden Diktator, als den man ihn bisher zu sehen gewohnt war, sondern den schöpferischen Menschen — den Motor der faszinierenden Revolution.

Münchener Illustrierte, Nummer 9
Zum Preise von 20 Pfennig, in Kemberg erhältlich bei

Richard Arnold
Leipzigischer Str. und Markt

Zeugnis hin, der darin zum Ausdruck kommt, daß die zur ersten Frühjahrsmesse 32 000 Besucher nach Leipzig gekommen sind. Bei der Unterfertigung der Messe handele es sich nicht um eine Subvention für ein sanierungsreifes Erwerbsunternehmen, sondern um produktive Aufwendungen, die sich mehr als bezahlt machen werden durch den Rückgang der Arbeitslosenunterstützungen und die Erhöhung der Steuererträge.

Die Wünsche des Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg hat an das Leipziger Messenamt zum Eröffnungstag der Leipziger Messe folgendes Telegramm geschickt:

„Am Eröffnungstag der Leipziger Frühjahrsmesse, die in eine Zeit schwerer wirtschaftlicher Not fällt, nehmen alle Kreise des deutschen Vaterlandes dieses Mal besonderen Anteil. Möge die diesjährige Frühjahrsmesse unserer Industrie und unserem Handel im In- und Ausland neuen Auftrieb verschaffen und dadurch tausenden deutscher Arbeiter Beschäftigung und Verdienst bringen.“

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.

Nach dem Reichsfinanzrechner vom 29. Februar 1931 ist die nationale Kapitalanlage der Bank um 70,6 Millionen RM auf 1713,3 Millionen RM gesunken. Der Umlauf an Reichsbanknoten verminderte sich um 192,9 Millionen RM auf 3704,4 Millionen RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein liegt von 57,8 % in der Bundesbank auf 61,2 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,5 % auf 63,9 %.

Die auf den Stichtag des 18. Februar berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamts beträgt 114,0 gegen 114,5 am 11. Februar d. J. Am Abgang sind die Indexziffern für alle Hauptgruppen beteiligt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird gekennzeichnet durch eine starke Verlangsamung des Arbeitslosgesamtwachses. In der ersten Januarhälfte betrug der Zuwachs 408 000, in der zweiten Januarhälfte 129 000 und in der ersten Februarhälfte nur noch 106 000. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 15. Februar 1 991 und 4 991 000. In Mitteldeutschland hat sich die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar um 12 418 auf 468 085 erhöht.

Die Sparkonten bei den deutschen Sparkassen haben sich im Dezember 1930 um 102 282 000 RM auf 10 000 000 000 RM erhöht. Die Sparkonten der preussischen Sparkassen stiegen im Januar d. J. von 6 817 000 000 RM auf 6 872 000 000 RM.

Bei der für den Bereich Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt aufzubringenden öffentlichen Kapitalanlage findet die nächste Zinszahlung am 4. März um 2 Uhr mittags 10 Uhr in der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, statt.

Kirchliche Nachrichten.

Kemberg.

Mittwoch, den 4. März, abends 7 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier. Pfarrer Rfmus.

Laubung- u. Brennholzverkauf

der Oberförsterei Tornau b. Düben am 11. März 1931 ab 10 Uhr im „Heidekrug“ in Tornau.

Schwemsal, Jag. 50c, 52a, 52b, 52c, 52d, 52e, 52f, 52g, 52h, 52i, 52j, 52k, 52l, 52m, 52n, 52o, 52p, 52q, 52r, 52s, 52t, 52u, 52v, 52w, 52x, 52y, 52z, 53a, 53b, 53c, 53d, 53e, 53f, 53g, 53h, 53i, 53j, 53k, 53l, 53m, 53n, 53o, 53p, 53q, 53r, 53s, 53t, 53u, 53v, 53w, 53x, 53y, 53z, 54a, 54b, 54c, 54d, 54e, 54f, 54g, 54h, 54i, 54j, 54k, 54l, 54m, 54n, 54o, 54p, 54q, 54r, 54s, 54t, 54u, 54v, 54w, 54x, 54y, 54z, 55a, 55b, 55c, 55d, 55e, 55f, 55g, 55h, 55i, 55j, 55k, 55l, 55m, 55n, 55o, 55p, 55q, 55r, 55s, 55t, 55u, 55v, 55w, 55x, 55y, 55z, 56a, 56b, 56c, 56d, 56e, 56f, 56g, 56h, 56i, 56j, 56k, 56l, 56m, 56n, 56o, 56p, 56q, 56r, 56s, 56t, 56u, 56v, 56w, 56x, 56y, 56z, 57a, 57b, 57c, 57d, 57e, 57f, 57g, 57h, 57i, 57j, 57k, 57l, 57m, 57n, 57o, 57p, 57q, 57r, 57s, 57t, 57u, 57v, 57w, 57x, 57y, 57z, 58a, 58b, 58c, 58d, 58e, 58f, 58g, 58h, 58i, 58j, 58k, 58l, 58m, 58n, 58o, 58p, 58q, 58r, 58s, 58t, 58u, 58v, 58w, 58x, 58y, 58z, 59a, 59b, 59c, 59d, 59e, 59f, 59g, 59h, 59i, 59j, 59k, 59l, 59m, 59n, 59o, 59p, 59q, 59r, 59s, 59t, 59u, 59v, 59w, 59x, 59y, 59z, 60a, 60b, 60c, 60d, 60e, 60f, 60g, 60h, 60i, 60j, 60k, 60l, 60m, 60n, 60o, 60p, 60q, 60r, 60s, 60t, 60u, 60v, 60w, 60x, 60y, 60z, 61a, 61b, 61c, 61d, 61e, 61f, 61g, 61h, 61i, 61j, 61k, 61l, 61m, 61n, 61o, 61p, 61q, 61r, 61s, 61t, 61u, 61v, 61w, 61x, 61y, 61z, 62a, 62b, 62c, 62d, 62e, 62f, 62g, 62h, 62i, 62j, 62k, 62l, 62m, 62n, 62o, 62p, 62q, 62r, 62s, 62t, 62u, 62v, 62w, 62x, 62y, 62z, 63a, 63b, 63c, 63d, 63e, 63f, 63g, 63h, 63i, 63j, 63k, 63l, 63m, 63n, 63o, 63p, 63q, 63r, 63s, 63t, 63u, 63v, 63w, 63x, 63y, 63z, 64a, 64b, 64c, 64d, 64e, 64f, 64g, 64h, 64i, 64j, 64k, 64l, 64m, 64n, 64o, 64p, 64q, 64r, 64s, 64t, 64u, 64v, 64w, 64x, 64y, 64z, 65a, 65b, 65c, 65d, 65e, 65f, 65g, 65h, 65i, 65j, 65k, 65l, 65m, 65n, 65o, 65p, 65q, 65r, 65s, 65t, 65u, 65v, 65w, 65x, 65y, 65z, 66a, 66b, 66c, 66d, 66e, 66f, 66g, 66h, 66i, 66j, 66k, 66l, 66m, 66n, 66o, 66p, 66q, 66r, 66s, 66t, 66u, 66v, 66w, 66x, 66y, 66z, 67a, 67b, 67c, 67d, 67e, 67f, 67g, 67h, 67i, 67j, 67k, 67l, 67m, 67n, 67o, 67p, 67q, 67r, 67s, 67t, 67u, 67v, 67w, 67x, 67y, 67z, 68a, 68b, 68c, 68d, 68e, 68f, 68g, 68h, 68i, 68j, 68k, 68l, 68m, 68n, 68o, 68p, 68q, 68r, 68s, 68t, 68u, 68v, 68w, 68x, 68y, 68z, 69a, 69b, 69c, 69d, 69e, 69f, 69g, 69h, 69i, 69j, 69k, 69l, 69m, 69n, 69o, 69p, 69q, 69r, 69s, 69t, 69u, 69v, 69w, 69x, 69y, 69z, 70a, 70b, 70c, 70d, 70e, 70f, 70g, 70h, 70i, 70j, 70k, 70l, 70m, 70n, 70o, 70p, 70q, 70r, 70s, 70t, 70u, 70v, 70w, 70x, 70y, 70z, 71a, 71b, 71c, 71d, 71e, 71f, 71g, 71h, 71i, 71j, 71k, 71l, 71m, 71n, 71o, 71p, 71q, 71r, 71s, 71t, 71u, 71v, 71w, 71x, 71y, 71z, 72a, 72b, 72c, 72d, 72e, 72f, 72g, 72h, 72i, 72j, 72k, 72l, 72m, 72n, 72o, 72p, 72q, 72r, 72s, 72t, 72u, 72v, 72w, 72x, 72y, 72z, 73a, 73b, 73c, 73d, 73e, 73f, 73g, 73h, 73i, 73j, 73k, 73l, 73m, 73n, 73o, 73p, 73q, 73r, 73s, 73t, 73u, 73v, 73w, 73x, 73y, 73z, 74a, 74b, 74c, 74d, 74e, 74f, 74g, 74h, 74i, 74j, 74k, 74l, 74m, 74n, 74o, 74p, 74q, 74r, 74s, 74t, 74u, 74v, 74w, 74x, 74y, 74z, 75a, 75b, 75c, 75d, 75e, 75f, 75g, 75h, 75i, 75j, 75k, 75l, 75m, 75n, 75o, 75p, 75q, 75r, 75s, 75t, 75u, 75v, 75w, 75x, 75y, 75z, 76a, 76b, 76c, 76d, 76e, 76f, 76g, 76h, 76i, 76j, 76k, 76l, 76m, 76n, 76o, 76p, 76q, 76r, 76s, 76t, 76u, 76v, 76w, 76x, 76y, 76z, 77a, 77b, 77c, 77d, 77e, 77f, 77g, 77h, 77i, 77j, 77k, 77l, 77m, 77n, 77o, 77p, 77q, 77r, 77s, 77t, 77u, 77v, 77w, 77x, 77y, 77z, 78a, 78b, 78c, 78d, 78e, 78f, 78g, 78h, 78i, 78j, 78k, 78l, 78m, 78n, 78o, 78p, 78q, 78r, 78s, 78t, 78u, 78v, 78w, 78x, 78y, 78z, 79a, 79b, 79c, 79d, 79e, 79f, 79g, 79h, 79i, 79j, 79k, 79l, 79m, 79n, 79o, 79p, 79q, 79r, 79s, 79t, 79u, 79v, 79w, 79x, 79y, 79z, 80a, 80b, 80c, 80d, 80e, 80f, 80g, 80h, 80i, 80j, 80k, 80l, 80m, 80n, 80o, 80p, 80q, 80r, 80s, 80t, 80u, 80v, 80w, 80x, 80y, 80z, 81a, 81b, 81c, 81d, 81e, 81f, 81g, 81h, 81i, 81j, 81k, 81l, 81m, 81n, 81o, 81p, 81q, 81r, 81s, 81t, 81u, 81v, 81w, 81x, 81y, 81z, 82a, 82b, 82c, 82d, 82e, 82f, 82g, 82h, 82i, 82j, 82k, 82l, 82m, 82n, 82o, 82p, 82q, 82r, 82s, 82t, 82u, 82v, 82w, 82x, 82y, 82z, 83a, 83b, 83c, 83d, 83e, 83f, 83g, 83h, 83i, 83j, 83k, 83l, 83m, 83n, 83o, 83p, 83q, 83r, 83s, 83t, 83u, 83v, 83w, 83x, 83y, 83z, 84a, 84b, 84c, 84d, 84e, 84f, 84g, 84h, 84i, 84j, 84k, 84l, 84m, 84n, 84o, 84p, 84q, 84r, 84s, 84t, 84u, 84v, 84w, 84x, 84y, 84z, 85a, 85b, 85c, 85d, 85e, 85f, 85g, 85h, 85i, 85j, 85k, 85l, 85m, 85n, 85o, 85p, 85q, 85r, 85s, 85t, 85u, 85v, 85w, 85x, 85y, 85z, 86a, 86b, 86c, 86d, 86e, 86f, 86g, 86h, 86i, 86j, 86k, 86l, 86m, 86n, 86o, 86p, 86q, 86r, 86s, 86t, 86u, 86v, 86w, 86x, 86y, 86z, 87a, 87b, 87c, 87d, 87e, 87f, 87g, 87h, 87i, 87j, 87k, 87l, 87m, 87n, 87o, 87p, 87q, 87r, 87s, 87t, 87u, 87v, 87w, 87x, 87y, 87z, 88a, 88b, 88c, 88d, 88e, 88f, 88g, 88h, 88i, 88j, 88k, 88l, 88m, 88n, 88o, 88p, 88q, 88r, 88s, 88t, 88u, 88v, 88w, 88x, 88y, 88z, 89a, 89b, 89c, 89d, 89e, 89f, 89g, 89h, 89i, 89j, 89k, 89l, 89m, 89n, 89o, 89p, 89q, 89r, 89s, 89t, 89u, 89v, 89w, 89x, 89y, 89z, 90a, 90b, 90c, 90d, 90e, 90f, 90g, 90h, 90i, 90j, 90k, 90l, 90m, 90n, 90o, 90p, 90q, 90r, 90s, 90t, 90u, 90v, 90w, 90x, 90y, 90z, 91a, 91b, 91c, 91d, 91e, 91f, 91g, 91h, 91i, 91j, 91k, 91l, 91m, 91n, 91o, 91p, 91q, 91r, 91s, 91t, 91u, 91v, 91w, 91x, 91y, 91z, 92a, 92b, 92c, 92d, 92e, 92f, 92g, 92h, 92i, 92j, 92k, 92l, 92m, 92n, 92o, 92p, 92q, 92r, 92s, 92t, 92u, 92v, 92w, 92x, 92y, 92z, 93a, 93b, 93c, 93d, 93e, 93f, 93g, 93h, 93i, 93j, 93k, 93l, 93m, 93n, 93o, 93p, 93q, 93r, 93s, 93t, 93u, 93v, 93w, 93x, 93y, 93z, 94a, 94b, 94c, 94d, 94e, 94f, 94g, 94h, 94i, 94j, 94k, 94l, 94m, 94n, 94o, 94p, 94q, 94r, 94s, 94t, 94u, 94v, 94w, 94x, 94y, 94z, 95a, 95b, 95c, 95d, 95e, 95f, 95g, 95h, 95i, 95j, 95k, 95l, 95m, 95n, 95o, 95p, 95q, 95r, 95s, 95t, 95u, 95v, 95w, 95x, 95y, 95z, 96a, 96b, 96c, 96d, 96e, 96f, 96g, 96h, 96i, 96j, 96k, 96l, 96m, 96n, 96o, 96p, 96q, 96r, 96s, 96t, 96u, 96v, 96w, 96x, 96y, 96z, 97a, 97b, 97c, 97d, 97e, 97f, 97g, 97h, 97i, 97j, 97k, 97l, 97m, 97n, 97o, 97p, 97q, 97r, 97s, 97t, 97u, 97v, 97w, 97x, 97y, 97z, 98a, 98b, 98c, 98d, 98e, 98f, 98g, 98h, 98i, 98j, 98k, 98l, 98m, 98n, 98o, 98p, 98q, 98r, 98s, 98t, 98u, 98v, 98w, 98x, 98y, 98z, 99a, 99b, 99c, 99d, 99e, 99f, 99g, 99h, 99i, 99j, 99k, 99l, 99m, 99n, 99o, 99p, 99q, 99r, 99s, 99t, 99u, 99v, 99w, 99x, 99y, 99z, 100a, 100b, 100c, 100d, 100e, 100f, 100g, 100h, 100i, 100j, 100k, 100l, 100m, 100n, 100o, 100p, 100q, 100r, 100s, 100t, 100u, 100v, 100w, 100x, 100y, 100z.

Lutherstein, Jag. 71c, 86a, 99a, 100a, 115d, 117d u. Tot. Hauptn. Gt: 17 Stk. Kl. N3 = 1,31 fm, N4 = 3,78 fm, N5 = 7,30 fm, N6 = 2,26 fm, N7 = 4,24 fm, 6 rm Nughelit 1. N3u: N5 = 32,99 fm, N6 = 36,24 fm, N8 = 2,32 fm, N9 = 4,53 fm, Erde: 6 rm Nughelit 2 m lang.

Tornau-Nord, Jag. 75b, 119b u. Tot. Hauptn. Gt: 42 Stk. N2 = 3,89 fm, N3 = 5,61 fm, N4 = 12,25 fm, N5 = 15,06 fm, N6 = 1,25 fm, N7 = 7,44 fm, 8 = 2,22 fm; N8u: 41 Stk. N3 = 13,25 fm, N4 = 10,11 fm, N5 = 21,72 fm, N6 = 6,39 fm, N7 = 3,17 fm, N8 = 2,61 fm; Birte: 1 Stk. Kl. 3 = 1,35 fm.

Grenzhaus, Jag. 110, 146 d. Tot. Hauptn. u. 133c. Gt: 83 Stk. N2 = 10,71 fm, N3 = 15,29 fm, N4 = 17,82 fm, N5 = 23,00 fm, N6 = 9,57 fm.

Brennholz. Schwemsal, Jag. 50c u. Tot. Hauptn. Gt: 20 Kio. 1 Knu. 1 Bruch, 2 Reis 1. Wbu: 7 Kio. Ste: 47 Kio. 37 Knu. 10 Reis 1. Tornau-Süd, Jag. 2a, Tot. Hauptn. 2b, 6a, 38b, Gt: 2 Knu (2,5 m lang). Wb: 1 Knu; Obstbaum: 2 Knu, 2 Reis 1.; Ste: 6 Kio, 20 Knu, 183 Reis 1.

Grenzhaus, Jag. 96a, 110, 133c, 146 d. Tot. Hauptn. 125c, 126a, 131Aa, Gt: 108 Kio, 24 Knu, 4 Bruch, 19 Reis 1. Wbu: 276 Kio, 31 Knu, 73 Reis 1. Wbu: 48 Kio, 31 Knu; Wb: 5 Kio, Ste: 165 Kio, 109 Knu, 13 Bruch, 41 Reis 1.

Verichtigung vorbehalten. Holzverkauf beginnt. Aufmaßlisten für Laubholz vom Termin 11. Februar behalten Gültigkeit. Die Notbuden sind durchweg von guter Beschaffenheit.

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Einen Pferdejungen
15—17 Jahre, stellt ein
Rast, Bietegast

Morgen Dienstag um 1 Uhr

Fastenbrezeln

Mittwoch
Pfann- und Spritzstuden

Hermann Busch

Morgen Dienstag ab 2 Uhr

frische Fasten- u. Schaumbrezeln

O. Herrmann, Bäckerei

Blutrische

grüne Heringe

Pfund 18 Pfennig
empfehlen J. G. Glaubig

Dienstag früh

großer Heefisch-Verkauf

frischer Schellfisch grüne Heringe

P. Mierzhafte, Burgstraße 36

Bestellungen auf pommerische

Saatkartoffeln

(Wohlfmann)

Böhm's Frühbeste

nimmt an R. Lehmann, Weinbergstraße 8

Gebrauchter

Schulranzen

billig zu verkaufen Weinbergstraße 6, 1 Treppe

Kleine Wohnung

zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Butterbrotpapier Pergamentpapier

empfehlen Richard Arnold

Hotel „Blauer Hecht“

Am Mittwoch, den 4. März, nachm 4 Uhr und abends 8 Uhr

Preise der Plätze: 1. Platz 1.— M., 2. Platz 80 Pf. Kinder nachm. halbe Preise. Erwerbstlose mit Ausweis 50 Pf.

Heep's Liliputaner

Artistische Künstlergruppe mit eigenem Automobiltransport. Nicht zu verwechseln mit der Scheuertroupe, welche hier schon gastiert hat

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Bezüge: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Aussereutes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Alkohol 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streich also erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Zeilenweise 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Rufnummern von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbelegungen unbeschränkt geschrübener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— Mk. das Ausland, zuzüglich Postgebühren. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 27

Dienstag, den 3. März 1931

33. Jahrg.

Das Abladen von Schutt und Asche in den Straßengräben wird hiermit verboten.

Zusammenfassend werden befristet.
Kemberg, den 2. März 1931.

26] Die Polizeiverwaltung.

Bestellung von krebbsfestem Kartoffel Saatgut.

Landwirte, die noch kein verlässliches krebbsfestes Kartoffel Saatgut beim Landwirtschaftlichen Verein oder bei der Ländlichen Spar- und Darlehnskasse bestellt haben, können Bestellungen in der Stadtdirektion noch bis **spätestens morgen Dienstag 11 Uhr** aufgeben. Spätere Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.
Kemberg, den 2. März 1931.

27] Der Magistrat.

Stegerwald im Haushaltsausschuß.

Programmatische Ausführungen des Arbeitsministers.

Berlin, 1. März.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Mit der Beratung wurde ein kommunizierender Antrag verbunden, der sich gegen die Stilllegung der Hütte Wulfsroth-Weidrich durch die Vereinigten Stahlwerke wendet.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald

nahm in einer größeren Rede zur Arbeitslosenfrage, zur Frage der Sozialpolitik und des Schicksals der Arbeiter zur gegenwärtigen Lage der Sozialversicherung Stellung.

Zur Frage der deutschen Wirtschaftskrise

erklärte der Minister, daß es ein Mittel für die Beseitigung der gegenwärtigen Krise weder in Deutschland noch überhaupt in der Welt gebe. Das Ziel des Regierungsprogramms sei, unter allen Umständen Ordnung in die Finanzen der öffentlichen Hand zu bringen und Sicherheit und Vertrauen zu schaffen, womit wieder die Grundlage für eine langfristige Kreditpolitik gegeben sei.

Von der Arbeitsdienstpflicht spreche ich mir nicht den jählichen Erfolg, was sie von den Bestimmungen erwartet wird. Die Besprechungen im Reichsarbeitsministerium kamen zu dem gleichen Ergebnis. Anders sieht es mit dem Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes, der zweifellos vieles für sich hat.

Ob eine weitere Kohlenpreiserhöhung und ein sehr viel größerer Kohlenverbrauch erreichbar sind oder ob durch eine weitere Senkung der Kohlenpreise eine größere Senkung der Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität usw. möglich ist, erscheint zweifelhaft. Bei Eisen und Stahl liegt die Sache auch sehr schwierig, weil die gegenwärtige Produktionskapazität in Deutschland sehr viel größer ist als die Absatzmöglichkeit. Am ganzen ergeben sich grundsätzliche Bedenken gegen jede Sonderunterstützung einzelner Wirtschaftszweige aus öffentlichen Mitteln.

Nach der Arbeitszeitverlängerung kann nicht als das große Mittel angesehen werden, zumal heute nur noch die Hälfte der Arbeiter voll beschäftigt ist. Ich kann nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß keine spezifische Arbeitszeitverlängerung in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft viel erreichen kann, und daß man ohne Mehrproduktion den Lebensstandard des Volkes aufrechterhalten kann. Das ist aber nicht mein letztes Wort über die Arbeitszeitverlängerung. Führen andere Mittel nicht zum Ziel, dann muß man trotzdem zu einer Arbeitszeitverlängerung und zu einer Arbeitszeitverlängerung gelangen, denn es ist nicht fraglos, im ganzen laufenden Jahr vier und mehr Millionen Menschen auf der Straße zu haben.

Zur Lohnfrage

erklärte Minister Stegerwald, daß er von einem gezielten Eingreifen in Tarifverträge warnen müsse. Die Regierung habe aus außen- und innenpolitischen Gründen die Senkung der Gesteuerkosten als das Primäre angesehen. Sie habe dabei an der Lohnfrage nicht vorbeigehen können. Der Minister erklärte, daß er sowohl die Verteilung auf die Kaufkrafttheorie, als auch eine allgemeine Lohnhöhung von 20 bis 25 Prozent v. H. für falsch halte. Es müsse nun bis zum 1. April ein klarer Kurs gehalten werden. Bis dahin seien etwa 80 v. H. aller Tarife erneuert. Nach dem 1. April wird es Sache der Regierung sein, zu überlegen, ob noch aus eines der letzten Hilfsmittel, namentlich auf die gezielte Arbeitszeitverlängerung, zurückgegriffen werden müsse, falls bis dahin das Arbeitslosensproblem nicht wesentlich vermindert werden könne.

Das Reichsarbeitsministerium habe stets vor unrichtigen Tarifverträgen gewarnt und könne diese Warnung heute nur wiederholen.

Zur Sozialpolitik

wies Minister Stegerwald auf die Notwendigkeit einer Reform sowohl der Invalidenversicherung, als auch der Reichsrentenversicherung hin. Wahrscheinlich werde

am der Regierung schon in den nächsten Tagen mit einem Gesetzentwurf zur Sanierung der Reichsrentenversicherung befaßt werden.

Zusammenfassend erklärte der Minister: „Ueber die Beteiligung von Inflationserscheinungen und Unausgeglichenheiten im Tarif-, Schlichtungs- und Sozialversicherungsweisen lasse ich mit mir reden, am fern dieser Einrichtungen dagegen lasse ich für meinen Teil nicht rütteln.“

Als die Ausführungen des Ministers schloß sich eine längere Aussprache.

Dringung über die Reparationsfrage.

Zählungsausschuß ist keine Lösung.

Berlin, 1. März.

Ueber die künftige Prädial- und Vorhandlung des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Leberhandels gibt der Reichsverband namentlich nähere Mitteilungen heraus, in denen u. a. auch die damals gemachten Ausführungen des Reichsanwaltens Brünning wiedergegeben werden. Zur Reparationsfrage äußerte sich der Reichsanwalt u. a. wie folgt:

Die Aufbringung der Reparationszahlungen stellt eine außerordentliche Belastung für die Zinsbildung dar, die auf unsere Kreditlinie gefährdet. Deshalb ist aber auch die Frage eines Zahlungsausschusses der Reparationszahlungen nur mit großer Vorsicht anzustellen. Sie ist keine Lösung des Reparationsproblems, sie kann vielmehr sogar die Lö-

sei das nicht der Fall. Auch dem Grundkredit müsse besondere Sorgfalt zugewendet werden. Als durch Wiederaufnahme der Siedlung die Frage der Umwandlung des Zwischensredits in Dauerkredit akut geworden sei, habe sich der Minister für eine Rentenbank an Stelle der provinzialen Rentenbanken eingesetzt. Abnahlige Überlegungen hätten den Minister in bezug auf die Landbesitzer geleitet.

Bezüglich der Verwertung der Kartoffeln, die für den Osten eine durch keine andere Frucht zu erzielende wichtige Rolle spielen, müsse immer wieder herorgehoben werden, daß die Erhöhung des Brennpreises unerlässlich sei. Für den Osten sei es aber auch notwendig, planmäßig auf eine Förderung von Erzeugung und Absatz in der Landwirtschaft hinzuwirken.

Zum Schluß führte der Minister aus, daß aber nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Gebieten vorkommen seien, die dringend der Reichs- und Staatsfürsorge bedürften, und wies dabei insbesondere auf die Höhengebiete Ostpreußen, Westfalen, Teile vom Sauerland und Rhön sowie auf die Niederungsgebiete, vor allem das Emsland, hin.

Einspruch im Reichstag.

Gefrierfleischanträge und neue Geschäftsordnung.

Berlin, 1. März.

Der Reichstagsabgeordnete von Seydel (Landvolk), Direktor des Reichslandbundes, hat an den Reichstagspräsidenten Böde ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die dem Reichstag vor dem 1. März auf Wiederholung von Gefrierfleisch nicht nur den Verbrauch von inländischem Fleisch, sondern auch dem von ausländischem Vieh- und Fleischimporten betreffen.

Es würden also dem Reiche Zollausfälle entstehen, ganz abgesehen von weiteren indirekten Schädigungen für die Reichseinnahmen. Nach Paragraph 48 a der Geschäftsordnung dürften aber derartige Anträge nur zusammen mit den dazugehörigen Zielen des Haushaltsplanes und nur dann beraten werden, wenn sie mit einem Ausgleichsantrag zu ihrer Deckung verbunden seien.

Antrag und Ausgleichsantrag bilden für Beratung und Abstimmung einen einheitlichen, nicht teilbaren Antrag. Bei dem hier in Rede stehenden Gefrierfleischantrag liege ein Ausgleichsantrag überhaupt nicht vor, er müste auch erst bei dem dann in Frage kommenden Haushaltsantrag behandelt werden.

Abgeordneter von Seydel hält es daher nicht für zuzulässig, daß über die Gefrierfleischanträge, so, wie es beabsichtigt ist, abgestimmt werde, und erhebt dagegen Einspruch, daß sie auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Bund der Bauern Deutschlands hat in einer Eingabe an die Reichstagspräsidentin und eine Anzahl ihm nahe stehender Abgeordneter dringend darum gebeten, daß das Gefrierfleisch nicht wieder eingeführt wird. Die Lage an den Speise- und Viehmärkten hat sich in den letzten Wochen und Monaten katastrophal gestaltet, daß ein erheblicher Teil des Auftriebes nicht abgelebt werden konnte.

Gegen Wirths Einmischung.

Fried lehnt ab.

Braunschweig, 28. Februar.

In zwei Massenversammlungen sprach der nationalsozialistische Minister Dr. Fried. Er erklärte, die Nationalsozialisten wollten auf legalen Wege die Macht im Staate erobern. Er hoffte, daß die braunschweigischen Kommunalwahlen am kommenden Sonntag bereits zeigen würden, was Minister Dr. Franzen bisher in Braunschweig geleistet habe. Ueber die Reichspolitik erklärte Dr. Fried, die Nationalsozialisten hätten sich vorbehalten, in den Reichstag zurückzukehren, wenn ein tüchtiger Anschlag gegen die nationale Opposition erfolgen würde. Sie würden in dem Augenblick zurückkehren, in dem es dem Gegner am unangenehmsten sei. An die Regierung müßten keine Männer kommen, deshalb forderte die Nationalsozialisten die Auflösung des Reichstages und des preussischen Landtages.

Man habe davon gesprochen, daß die nationale Opposition ein Rumpfparlament bilden wolle. Dr. Wirth, der jetzt wieder eine Affäre gegen Braunshweig reite, möchte auch dort wieder eingreifen. Er habe neuerdings im Rumpfparlament erklärt, er würde wieder einen neuen Schritt gegen Thüringen einleiten. Dr. Wirth werde auch in diesem neuen Falle seine Kompetenzen wieder überschreiten. Ob sich die nationale Opposition in Weimar zu einer Kundgebung zusammenschließen, liege lediglich im Entschluß der Führer und ginge Dr. Wirth gar nichts an. Ueber das Nationaltheater verfüge er, Dr. Fried, und nicht Dr. Wirth.

Eine Rede Dr. Steigers.

Aktuelle Probleme der Landwirtschaft.

Berlin, 28. Februar.

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger sprach in der Jahresversammlung der Hauptlandwirtschaftskammer über die dringendsten Probleme in der Landwirtschaft.

Insbesondere ging der Minister auf die Fragen des landwirtschaftlichen Kredits ein. Nach den Erhebungen der Landwirtschaftskammern könnten die Zinssätze im Westen noch als zum Teil erträglich bezeichnet werden, im Osten